

## spotlight europe

# 2009/06 – Mai 2009

# Im Osten was Neues

Cornelius Ochmann

[cornelius.ochmann@bertelsmann-stiftung.de](mailto:cornelius.ochmann@bertelsmann-stiftung.de)

Trotz der erheblichen Geburtsprobleme bedeutet die Östliche Partnerschaft einen symbolischen Paradigmenwechsel in der Außenpolitik der EU. Nach Etablierung der „Union für das Mittelmeer“ im Sommer 2008 wagt sie nun einen neuen Ansatz in ihrer östlichen Nachbarschaft. Mit dieser Strategie stellt die EU ihren Auftritt gegenüber Russland auf eine festere Grundlage.

spotlight europe # 2009/06

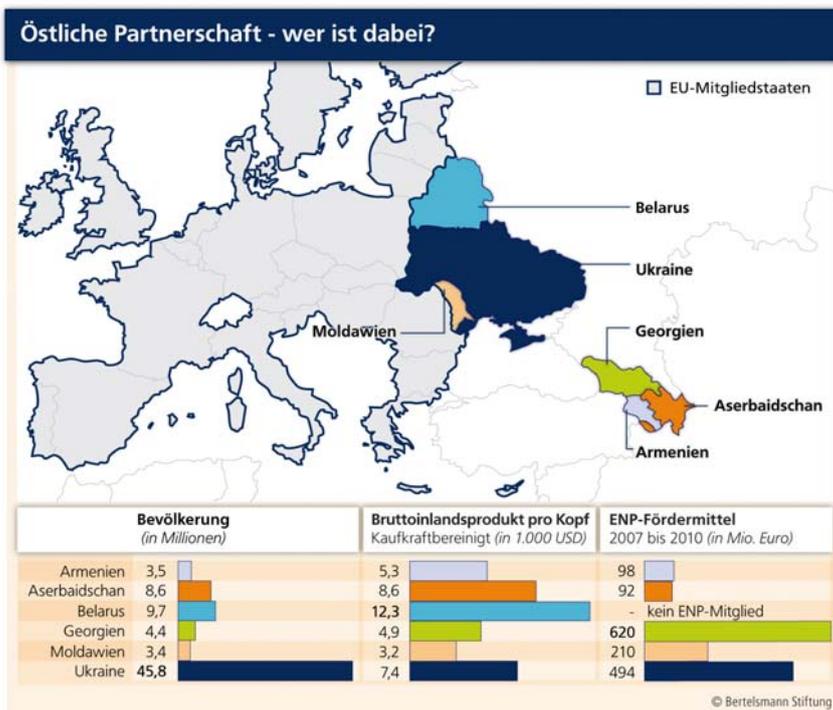
Am 21./22. Mai 2009 fand der EU-Russland Gipfel in Chabarowsk statt. Das Ergebnis ist mager ausgefallen. Der Verhandlungsprozess über den Abschluss eines neuen Partnerschafts- und Kooperationsabkommens wird fortgesetzt. Am 7. Mai 2009 hatte die EU in Prag die Strategie der „Östlichen Partnerschaft“ verabschiedet. Sie soll die Beziehungen der Europäischen Union mit den östlichen Nachbarstaaten (Ukraine, Moldawien und Belarus) wie auch den Kaukasusländern (Armenien, Aserbaidshan und Georgien) auf eine verbesserte, multilaterale Ebene stellen. Im Kern handelt es sich um alte Inhalte in [neuer Verpackung](#). Der eigentliche Neuwert der Vereinbarung ist der auf 600 Mio. Euro erhöhte Finanzrahmen.

### Wie gestaltet die EU ihre neue Ostpolitik?

Die Politik der erweiterten EU gegenüber den östlichen Nachbarstaaten ist zweigeteilt. Einerseits bemüht sich die EU-27 um eine Neuauflage des Partnerschafts- und Kooperationsabkommens (PKA) mit Russland, andererseits wurden die Beziehungen zu den anderen Nachfolgestaaten der Sowjetunion in der Strategie der Östlichen Partnerschaft umdefiniert, die auf der Europäischen Nachbarschaftspolitik (ENP) basiert. Ob es zu einem Wettbewerb der beiden Ansätze kommt, bleibt abzuwarten, kommen doch die Verhandlungen mit Russland seit 2006 nicht richtig voran. Seit Ende 2006 bewegt sich wenig in den

Beziehungen zwischen der Europäischen Union und Russland. Weder die finnische noch die deutsche oder portugiesische Ratspräsidentschaft waren im Stande, innerhalb der EU einen Konsens über die Aufnahme offizieller Verhandlungen mit Moskau über einen neuen Vertrag herbeizuführen, der das zum 1. November 2007

sumsliberalisierung“ beabsichtigt. Gerade die Visumsthematik ist seit dem Schengen-Beitritt der mitteleuropäischen Staaten im Dezember 2007 eines der symbolträchtigsten Probleme an der EU-Ostgrenze. Die Kooperation bei der Energiesicherheit soll verstärkt und auf Zentralasien ausgeweitet werden. Schließlich



beinhaltet der Vorschlag eine Reihe von Kooperationsfeldern wie Demokratieförderung, Unterstützung der Rechtsstaatlichkeit, Verhinderung von Migration, Belebung des Handels und des Tourismus, bessere Verkehrsverbindungen, Kooperation im Umweltbereich und Studentenaustausch. Hinzu kommt die Öffnung des Projektes für internationale Finanzinstitutionen und private Geldgeber. Die EU erhofft dadurch weitere interessierte Partner wie internationale

ausgelaufene PKA von 1994 (in Kraft seit 1997) ersetzen soll. Zunächst konnten sich die EU-Mitgliedstaaten intern nicht einigen, dann verzögerte der Georgien-Krieg die Aufnahme der Verhandlungen. Erst unter französischer EU-Präsidentschaft im Dezember 2008 konnten die Gespräche aufgenommen werden.

Energieunternehmen einbinden zu können, um einzelne Projekte im Energie- oder Infrastrukturbereich zu beleben.

## II

### Was will die Östliche Partnerschaft?

Die Östliche Partnerschaft sieht vor, die reformorientierten Länder an die EU heranzuführen, ohne ihnen eine Mitgliedschaft zu versprechen. Sie soll vor allem die Fortführung von politischen und wirtschaftlichen Reformen in den sechs Partnerstaaten der EU vorantreiben. Ferner wird als langfristiges Ziel die „volle Vi-

Auch Russland wird eingeladen, sich an einzelnen Projekten zu beteiligen. Die Östliche Partnerschaft ist mit der Zentralasien-Strategie kompatibel, die während der deutschen EU-Präsidentschaft 2007 verabschiedet wurde. Sie bildet mit dem Mandat für Neuverhandlungen des PKA mit Russland die Konturen der Ostpolitik der EU. Allerdings ist es bisher in den Verhandlungen mit Russland wegen des Georgienkrieges im Sommer 2008 und der Gaskrise im Januar 2009 zu keinen sichtbaren Fortschritten gekommen. Es ist derzeit nicht absehbar, wann ein neues Abkommen mit Russland zu erwarten ist.

## III

## Wie kam es zur Östlichen Partnerschaft?

Am 1. Mai 2004 wurden zehn neue Mitglieder in die EU aufgenommen, drei Jahre später kamen Rumänien und Bulgarien hinzu. Damit war die Teilung Europas 15 Jahre nach der Wende von 1989 überwunden. Doch wie sollte nun das erweiterte Europa mit seinen östlichen Nachbarstaaten umgehen, die bisher keine Beitrittsperspektive erhalten hatten. Die damalige Antwort wurde in die Form der Europäischen Nachbarschaftspolitik (ENP) gegossen: Die Strategie der EU-Kommission sah ein Kooperationsangebot jenseits der institutionellen Anbindung vor.

Die „Orange Revolution“ in Kiew machte jedoch diese Strategie im Dezember 2004 obsolet. Die friedliche Revolution in der Ukraine bestätigte, dass auch die Menschen in den östlichen Nachbarländern bereit sind, für eine EU-Mitgliedschaft zu kämpfen. Gleichzeitig ist mit der Wende in der Ukraine der Kreml mit seiner Strategie gescheitert, im postsowjetischen Raum eine alternative Struktur zur europäischen Integration zu etablieren.

Die polnischen Regierungen haben sich seit dem EU-Beitritt 2004 stets um eine Stärkung der EU-Politik gegenüber den östlichen Nachbarn bemüht, wobei klar zwischen Russland und den anderen Nachbarstaaten der Sowjetunion unterschieden wurde. Doch erst der Vorschlag einer „[Union für das Mittelmeer](#)“, den Präsident Nicolas Sarkozy während der französischen Präsidentschaft mit aller Kraft umgesetzt hatte, öffnete im Gegenzug ein Fenster für die Verstärkung der EU-Politik gegenüber den östlichen Nachbarstaaten. Der Begriff der „Östlichen Partnerschaft“ wurde zunächst als schwedisch-polnische Initiative im Frühjahr 2008 beim EU-Rat eingebracht. Eine Relation zwischen der Billigung der Union für das Mittelmeer, der Aufnahme der PKA-Verhandlungen mit

Russland und der Östlichen Partnerschaft lässt sich schwer nachweisen, die zeitliche Korrelation ist jedoch offensichtlich.

## IV

## Was will die deutsche Außenpolitik?

In Berlin wurde der französische Vorstoß einer Mittelmeerunion mit einer Rede des Außenministers zur europäischen Ostpolitik beantwortet. Allerdings stand die Russlandpolitik im Vordergrund des Vorschlags von Frank-Walter Steinmeier, der an die Ostpolitik von Willi Brandt anknüpfte. Steinmeier befürwortete ein neues Abkommen mit Russland, das klare Signale beinhalten sollte und Russland in Europa willkommen sei.

Als [mittelfristige Ziele](#) wurden eine Freihandelszone, eine Energiepartnerschaft, enge Beziehungen in Forschung, Bildung und Kultur sowie ein Ausbau der gesellschaftlichen Kontakte angestrebt. Zudem sollen Möglichkeiten einer engeren Zusammenarbeit im Rahmen der Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik geprüft werden, zunächst auf zivilem Gebiet und bei der Katastrophenhilfe, später auch bei gemeinsamen Einsätzen von Friedens- oder Stabilisierungstruppen.

Das Kernelement der strategischen Partnerschaft mit Russland sollte jedoch die energiepolitische Zusammenarbeit sein. Außerdem sollte Russland in ein internationales Regelwerk einbezogen werden, das Energiesicherheit als kooperatives Miteinander von Produzenten-, Transit- und Abnehmerstaaten begreift. Diese Aspekte der Kooperation hat wohl Russland selbst durch die Gaskrise im Januar 2009 in Frage gestellt. Die [Absichtserklärung über die Modernisierung des Gas-Pipelinesystems](#), welche die EU-Kommission und die Ukraine im April 2009 unterzeichnete, deuten auf eine verstärkte Kooperation mit Ukraine ohne Berücksichtigung der russischen Interessen hin.

Die Teilnahme der Bundeskanzlerin am Prager Gipfel zur Östlichen Partnerschaft hat gezeigt, dass die deutsche Außenpolitik nicht nur auf Russland ausgerichtet ist. Die deutsche Position besteht darin, sowohl Russland als auch den Staaten in der östlichen Nachbarschaft bei ihrer Annäherung an die EU Unterstützung zu leisten.

## V

## Was will Warschau?

Die anfängliche Fokussierung auf Russland konnte von den Befürwortern einer aktiveren Nachbarschaftspolitik nicht unbeantwortet bleiben. Während eines privaten Besuches beim polnischen Außenminister Radek Sikorski im April 2008 wurde Steinmeier mit den polnischen Plänen für eine Osteuropa-Union konfrontiert. Diese sollte nicht nur Ukraine, Moldawien und zum damaligen Zeitpunkt auch Belarus umfassen, sondern auch die Kaukasus-Länder Georgien, Armenien und Aserbaidschan einbeziehen. Polnische Interessen an Energielieferungen aus dieser Region spielten eine wichtige Rolle bei dieser Entscheidung.

Eine Arbeitsteilung bei der Gestaltung der EU-Ostpolitik war ein wichtiges Signal für die Wiederbelebung der deutsch-polnischen Kooperation. Polen gelang es zudem, die schwedische Diplomatie von der Idee einer Osteuropa-Union zu überzeugen und damit den Gegensatz zwischen alten und neuen EU-Mitgliedern zu überwinden. Für den schwedischen Außenminister Carl Bildt war es eine gute Gelegenheit sich als EU-Außenpolitiker zu profilieren und als Nachfolger von Javier Solana zu empfehlen. Als dann noch die Polen halfen, die Litauer zu überzeugen die Blockade des Verhandlungsmandates für Russland aufzugeben, war der Durchbruch perfekt. Die EU-Außenminister nahmen am 26. April 2009 den polnischen Vorschlag für die Östliche Partnerschaft an und beauftragten die EU-Kommission, [Verhandlungen](#) mit Russland über ein neues PKA aufzunehmen.

Die Östliche Partnerschaft sollte zunächst verhindern, dass sich der Schwerpunkt der Nachbarschaftsaktivitäten der EU in den Süden verschiebt. Sie ist der Preis für die Zustimmung zur Union für den Mittelmeerraum, die am 13. Juli 2008 in Paris ins Leben gerufen wurde. Allerdings wurde die Östliche Partnerschaft von Anfang an im Rahmen der bestehenden EU-Strukturen konzipiert, im Unterschied zum französischen Vorschlag also sehr ausgewogen und nicht kontrovers. Der schwedisch-polnische Vorschlag sah eine Verstärkung der Kooperation mit den östlichen Nachbarstaaten vor, die auf der bisherigen Strategie der EU-Nachbarschaftspolitik aufbaute. Dies sicherte ihm von Anfang an Unterstützung in allen Hauptstädten, die auf einen Ausgleich im Vorfeld der französischen Präsidentschaft bedacht waren.

Der Krieg in Georgien im Sommer 2008 hat die Östliche Partnerschaft jedoch völlig verändert. Die Gaskrise im Januar 2009 führte zur Aufnahme der energiepolitischen Komponente. Es bleibt abzuwarten, ob die energiepolitische Kompetenz der EU gestärkt wird und die Protagonisten der bilateralen Kooperation mit Russland, d.h. Deutschland, Italien, Griechenland oder Bulgarien, bereit sein werden, ihre vorteilhaften Zuständigkeiten auf die EU zu übertragen. Auch das Europäische Parlament fordert eine [Strategie zur Verbesserung der Energiesicherheit der EU](#).

Polen ist mit dem Gipfelergebnis sehr zufrieden und wird sicherlich während der eigenen EU-Präsidentschaft im Jahre 2011 zum Thema zurückkehren.

## VI

## Wie geht es zwischen der EU und Russland weiter?

Das PKA wird zwar jährlich automatisch verlängert, solange keine der Parteien es gekündigt hat. Doch das wiederholte Scheitern der Verhandlungsaufnahme und

die Gaskrise im Januar 2009 wurde zum Ausdruck der gegenwärtigen Krise in den Beziehungen zwischen der EU und Russland. Die eigentlichen Ursachen der Krise

schiedliche gegenseitige Wahrnehmung zu sein. Russland wird heute, nach der Gaskrise und der Annerkennung Südossetiens und Abchasiens, von der Mehrheit der EU-Staaten als Problemfall wahrgenommen. Russland dagegen definiert sich nach der Putin-Ära und trotz der Wirtschaftskrise wieder als Weltmacht und möchte dementsprechend behandelt werden.

Die erweiterte EU muss aus diesen Gründen ihr Verhältnis zu Russland neu gestalten. Die Aufnahme der zehn mittel- und osteuropäischen Staaten in die EU hat die Haltung der EU gravierend verändert. Aufgrund der historischen Erfahrung dieser Länder, von denen drei unfreiwillig über Jahrzehnte lang Teil der Sowjetunion waren, ist die Haltung der EU kritischer gegenüber Russland geworden.

Einerseits muss die EU ihr Interesse an Russland neu definieren, andererseits befindet sich Russland in einem Selbstfindungsprozess. Noch vor einigen Jahren gingen EU-Politiker davon aus, dass Russland sich in einem schwierigen Transformationsprozess befindet, dessen Ziel jedoch die Übernahme des „westlichen Wertekanons“ und eine strategische Partnerschaft sein sollte. Das Russland des 21. Jahrhunderts, gestärkt durch die finanziellen Einnahmen aus den Energieexporten, ist jedoch kaum bereit, die Wunschvorstellungen der EU zu erfüllen und sucht nach einem eigenen Weg in die Zukunft. Die gegenwärtige Wirtschaftskrise, die Russland voll erfasst hat, wird diesen Prozess nicht ändern. Darüber hinaus bestätigt die „Reset-Strategie“ der neuen amerikanischen Regierung sogar die

bisherige außenpolitische Strategie der Putin-Ära.

Etappen der europäischen Ostpolitik	
<b>1997 - 1999</b>	
DEZ. 1997	Inkrafttreten des <b>Partnerschafts- und Kooperationsabkommens mit Russland</b> (10 Jahre Laufzeit)
1998/1999	Inkrafttreten der <b>Partnerschafts- und Kooperationsabkommen mit Armenien, Aserbaidschan, Georgien, Moldawien und der Ukraine</b>
JUNI 1999	Verabschiedung einer gemeinsamen <b>Strategie der EU gegenüber Russland</b>
<b>2000 - 2007</b>	
MAI 2004	Begründung der <b>Europäischen Nachbarschaftspolitik (ENP)</b>
2005/2006	Vereinbarung von <b>ENP-Aktionsplänen</b> mit Armenien, Aserbaidschan, Georgien, Moldawien und der Ukraine
NOV. 2006	<b>Polnisches Veto</b> gegen Aufnahme von Verhandlungen über neues Rahmenabkommen mit Russland
APRIL 2007	<b>EU-Initiative</b> zur Förderung der regionalen Zusammenarbeit in der <b>Schwarzmeerregion</b> (Schwarzmeersynergie)
NOV. 2007	Auslaufen des Partnerschafts- und Kooperationsabkommens mit Russland; automatische Verlängerung um jeweils ein Jahr bei Nicht-Kündigung
<b>2008 - 2009</b>	
MÄRZ 2008	Rede des deutschen Außenministers Steinmeier zur europäischen Ostpolitik
MAI 2008	Schwedisch-Polnische Initiative zur Östlichen Partnerschaft
JULI 2008	Aufnahme der Verhandlungen über ein neues <b>Rahmenabkommen mit Russland</b> Gründung der <b>Union für das Mittelmeer</b>
AUG. 2008	<b>Krieg</b> zwischen Georgien und Russland
DEZ. 2008	Vorschlag der EU-Kommission zur Umsetzung der Östlichen Partnerschaft
JAN. 2009	<b>Gaskrise</b> zwischen Russland und der Ukraine
MÄRZ 2009	Beschluss des Europäischen Rates zur Gründung der Östlichen Partnerschaft
MAI 2009	<b>Gipfel in Prag</b> zur offiziellen <b>Gründung der Östlichen Partnerschaft</b> <b>EU-Russland-Gipfel</b> in Chabarowsk

© Bertelsmann Stiftung

liegen tiefer, und ihre Dimensionen sind größer als zunächst angenommen wurde. Besonders wichtig scheint hier die unter-

Von der Gestaltung des gegenseitigen Verhältnisses hängt die Zukunft des euro-asiatischen Kontinentes ab. Herausforderungen gibt es viele: Angefangen von der Kooperation im Bereich der Energiepolitik, die neu definiert werden muss; über die Neugestaltung der Handelspolitik im WTO-Rahmen, die noch abgeschlossen werden muss; bis hin zu sicherheitspolitischen Aspekten der Beziehungen wie Grundsätze und Verfahren zur gemeinsamen internationalen Krisenregelung. Die EU und Russland dürfen sich die Chance zum Ausbau ihrer Partnerschaft nicht entgehen lassen. Die Zuwachsraten im Osthandel der EU waren in den letzten zehn Jahren zweifelhaft und für die EU-Wirtschaft hat Russland schon vor einigen Jahren den nordamerikanischen Kontinent an Bedeutung überholt. Auf der anderen Seite ist eine Modernisierung Russlands unausweichlich. Es stellt sich die Frage, wer dabei der beste Partner Russlands sein kann.

Für die EU selbst ist der Verhandlungsprozess eines neuen PKA mit Russland ein Test für die außenpolitische Glaubwürdigkeit. Der Georgien-Krieg und der Gaskonflikt haben jedoch die [Beziehungen EU-Russland](#) einer harten Probe unterzogen.

## VII

### Was sind die Folgen des Georgien-Kriegs?

Die internationale Lage änderte sich schlagartig am 8. August 2008 mit dem Krieg in Georgien. Russland beschuldigte Georgien den Krieg begonnen zu haben und schlug mit allen militärischen Mitteln zurück. Die USA und einzelne europäische Verbündete unterstützten Georgien und den Präsidenten Sakaschwilli vorbehaltlos und beschuldigten Russland der Aggression. Unabhängig von der ausgebrochenen Medienschlacht, die an die Zeiten des Ost-West-Konfliktes erinnerte, bleibt festzuhalten, dass dieser Krieg eine Reihe von sicherheitspolitischen Entscheidungen herbeigeführt hat, welche die beteiligten

Akteure bis heute außenpolitisch festgebunden haben. Zunächst hat die EU zum ersten Mal eine Vermittlerrolle zwischen einem Verbündeten der USA und Russland übernommen. Sie hat dank des Einsatzes des französischen Präsidenten Sarkozy einen Waffenstillstand herbeigeführt und eine Mission auf die Beine gestellt, die diesen bis heute sichert. Das europäische Engagement im Kaukasus während der französischen Präsidentschaft hatte bei der russischen politischen Elite eine veränderte Wahrnehmung der EU zur Folge. Die EU trat erstmals als regionale Ordnungsmacht auf. Die russische Diplomatie ordnet die EU als „internationale Organisation“ ein, auf einer Stufe mit der OSZE und dem Europarat. Folgerichtig lehnt der russische Außenminister [Sergei Lawrow](#) die Östliche Partnerschaft als Versuch die „Einflusssphäre der EU auszudehnen“ ab.

Auch die Kaukasus-Politik der EU wird sich ändern: Die Öffnung der Grenze und die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen der Türkei und Armenien wird die EU dazu bewegen, eine neue Kaukasus-Politik zu definieren, die über eine rein geografische Unterteilung in Nord- und Südkaukasus hinausgeht.

Für die russische Seite war die Anerkennung Abchasiens und Südossetiens als unabhängige Staaten ein Bärendienst, dessen Tragweite mit Blick auf den Nordkaukasus noch nicht richtig abzuschätzen ist. Hinzu kommt die Verquickung der Anerkennungspolitik im Kaukasus mit dem Kosovo, die den internationalen Handlungsspielraum Russlands eher verschlechtert als erweitert hat. Die EU-Politik im Kosovo hat dies negativ beeinträchtigt.

## VIII

### Wie wirkt die Gaskrise?

Der Gaskonflikt zwischen Russland und der Ukraine hat erneut alte Vorurteile gegenüber Russland als imperiale Macht und Befürchtungen hinsichtlich seiner Zuverlässigkeit Russlands als Energielieferant

bestätigt. In einigen EU-Staaten wie Slowakei oder Bulgarien saßen die Menschen tagelang in unbeheizten Wohnungen. Russland und die Ukraine beschuldigten sich gegenseitig, und Bundeskanzlerin Merkel erinnerte den russischen Ministerpräsidenten Wladimir Putin an sein Versprechen aus dem Jahre 2005, Energielieferungen nicht als Druckmittel in internationalen Beziehungen einzusetzen.

Der polnische Außenminister Sikorski konzentrierte sich in der Krise auf die EU-Energiestrategie. Dabei ging es ihm um die Schaffung einer neuen EU-Energiepolitik. Ein alter Plan von 2006, bekannt unter dem Namen „Energi-NATO“, wurde aufgefrischt und von den EU-Energieministern bei einer Sondersitzung am 25. Januar 2009 beschlossen. Eine verstärkte Zusammenarbeit zwischen den EU-Staaten soll mehr Energie-Solidarität in der EU herbeiführen und Europa auf Unterbrechungslieferungen wie im Januar 2009 besser vorbereiten.

Unabhängig davon, ob die Ukraine oder Russland für die Krise Anfang 2009 verantwortlich waren, die Auswirkungen sind schon jetzt in der EU sichtbar. Dies zeigt die Erklärung des [EU-Gipfels zum südlichen Korridor](#), der im Anschluss an den „Ost-Gipfel“ in Prag am 8. Mai 2009 stattgefunden hat und an dem auch Vertreter aus Turkmenistan, Usbekistan und Kasachstan teilgenommen haben.

Einerseits ist es gelungen, mehr Energiesicherheit durch Absprachen und technische Anpassungen innerhalb der EU zu erhalten, andererseits ist die Entscheidung der EU für den Bau der Nabucco-Pipeline, die Gas aus dem kaspischen Raum, dem Irak, Turkmenistan und vielleicht auch Iran quer durch Türkei unter Umgehung Russlands nach Europa leiten soll, ein Schritt für mehr Unabhängigkeit von russischen Gaslieferungen. Ferner hat die EU einzelnen Staaten zusätzliche Finanzhilfen genehmigt, welche die Modernisierung des Energiesektors fördern sollen. In Polen ist z.B. der Bau eines Flüssiggasterminals in

Swinemünde geplant, das auch Deutschland bedienen könnte. Schließlich stockt das Genehmigungsverfahren für die Ost-seepipeline wegen Umweltauflagen vor schwedischen Gerichten und kann noch Jahre dauern. Hinzu kommt die Weltwirtschaftskrise, die den Verfall der Preise für Energieträger mit sich bringt und alle Investitionen im Energiebereich auf den Prüfstand stellt.

## IX

### Was sollte die EU künftig besser machen?

Die Gestaltung der Östlichen Partnerschaft hängt davon ab, ob es der EU gelingt, die gegenwärtige Krise zu überwinden, die unmittelbar mit der Ratifizierung des Lisabonner Vertrages zusammenhängt. Ohne diesen Vertrag wird es der gesamten EU schwer fallen, die Anziehungskraft auf die Transformationsstaaten in der östlichen Nachbarschaft zu verstärken.

Die Gaskrise hat Anfang 2009 die Auseinandersetzung mit der Energiesicherheit in der EU selbst verstärkt. Der Beschluss der Energieminister vom 25. Januar 2009 in Budapest war ein lang erwarteter Schritt in diese Richtung. Pünktlich zum letzten Energiegipfel am 24. April 2009, zu dem die Bulgaren, die EU-Partner, Russen, Amerikaner und Schwarzmeeranrainer eingeladen haben, präsentierte der russische Präsident Dmitri Medwedew eine [neue Energiestrategie](#).

Der neue Vertrag soll die alte Energiecharta ablösen, die in den frühen 1990er Jahren die Investitions- und Arbeitsbedingungen westlicher Konzerne im Energiebereich regelte. Russland hat später die Charta nicht ratifiziert, weil es darin einen unfairen Vorteil für den Westen sah. Während der Putin-Präsidentschaft wurden Verträge mit mehreren westlichen Energiefirmen mit zweifelhaften Methoden nachverhandelt. Medwedews Vorschlag brachte Bewegung in die lange starren

Fronten. Er kam zu einem Zeitpunkt zu dem das Herzstück der EU-Energiepolitik wackelte, der Nabucco-Pipeline fehlen die Lieferanten: Aserbaidschan schaut nach Moskau, Turkmenistan nach China und Iran ist derzeit aus sicherheitspolitischen Gründen kein ernsthafter Lieferant. Die EU muss bei der Gestaltung der Energiepolitik komplexer vorgehen und sowohl die Östliche Partnerschaft, als auch das PKA mit Russland koordinieren.

Die Verhandlungen des neuen PKA mit Russland werden sich in die Länge ziehen. Bisher ist auf der russischen Seite kein großes Interesse an einem neuen Abkommen vorhanden. Die Verhandlungen selbst sind zwar angelaufen, es kann aber Jahre dauern bis ein unterschriftsreifes Dokument vorliegt. Die Verzögerung des WTO-Beitritts Russlands könnte jedoch zusätzlichen Druck auf die russische Verhandlungsstrategie ausüben, da dies eine [Möglichkeit](#) bietet, Regelungen für den Wirtschaftsbereich zu bestimmen.

Bisher kamen alle entscheidenden Impulse für die Gestaltung der EU-Ostpolitik von Außen. Der Krieg in Georgien mit der Anerkennung Abchasiens und Südossetiens hat eine angemessene Reaktion erfordert. Die Östliche Partnerschaft wäre ohne diesen entscheidenden Impuls in dieser Form wohl nie verabschiedet worden.

Die Ablehnung der Östlichen Partnerschaft auf russischer Seite und das fehlende Interesse an einem neuen PKA mit der EU werden auch in der Zukunft zur Verlagerung der Prioritäten in der Ostpolitik der EU führen. Dem russischen Ministerpräsidenten Putin und der Gaskrise hat die EU zu verdanken, dass es zur Versachlichung der Energiestrategie der EU kam. Es ist zwar nicht davon auszugehen, dass die Ostseepipeline gestoppt wird. Der Bau der Nabucco-Pipeline würde jedoch eine Gewichtsverlagerung in der Ostpolitik zu Folge haben. Die nächste Gaskrise wird zeigen, was die EU dazu gelernt hat.

In den nächsten Jahren wird es darum gehen, wie das PKA mit Russland und die Östliche Partnerschaft der EU parallel entwickelt werden können. Die Strategie der EU muss darin bestehen, einerseits die Beziehungen mit den direkten Nachbarn der EU im Osten zu stärken und andererseits das Verhältnis mit Russland auf eine neue Grundlage zu stellen. Bei der Gestaltung der „Europäischen Ostpolitik“ spielen Deutschland und Polen eine Schlüsselrolle. Gerade dem Dreieck Deutschland, Polen und Russland kommt für die künftige Gestaltung der Beziehungen zwischen der EU und Russland eine entscheidende Bedeutung zu.

#### V.i.S.d.P.

Bertelsmann Stiftung  
Carl Bertelsmann Straße 256  
D-33311 Gütersloh  
[www.bertelsmann-stiftung.de](http://www.bertelsmann-stiftung.de)

Dr. Dominik Hierlemann  
[dominik.hierlemann@bertelsmann-stiftung.de](mailto:dominik.hierlemann@bertelsmann-stiftung.de)  
Telefon +49 5241 81 81537

Joachim Fritz-Vannahme  
[joachim.vannahme@bertelsmann-stiftung.de](mailto:joachim.vannahme@bertelsmann-stiftung.de)  
Telefon +49 5241 81 81421

#### Zuletzt erschienen:

**spotlight europe # 2009/05**  
Europakritik wird schick  
*Isabell Hoffmann, Franziska Brantner*

**spotlight europe # 2009/04**  
Europas neue Story  
*Joachim Fritz-Vannahme*

**spotlight europe # 2009/03**  
Roma Integration in Europe – Mission (Im)possible?  
*Hermina Emiryran*

**Alle Ausgaben des "spotlight europe" stehen im Internet als Download bereit:**  
[www.bertelsmann-stiftung.de/spotlight](http://www.bertelsmann-stiftung.de/spotlight)